



NEUE GEMEINDE

info

www.gvvgld.at



SPÖ und GVV Burgenland stellen die Weichen für die Gemeinderatswahl 2017

mehr dazu auf Seite 3

Finanzausgleich: GVV Burgenland kämpft weiter für mehr Fairness - Klage vor dem Verfassungsgerichtshof geplant S. 6

GVV Bundeskonferenz in Neudörfel: Maria-Luise Mathiaschitz zur neuen Vorsitzenden des GVV Österreich gewählt S. 8

GVV unterstützt Initiative gegen TTIP: Ängste der Bevölkerung müssen ernst genommen werden S. 9

Klartext !**Starke Partner. Starke Gemeinden.**

**Geschätzte BürgermeisterInnen und Vize-BürgermeisterInnen!
Liebe GemeindevertreterInnen!
Sehr geehrte Damen und Herren!**

Die Anforderungen und Aufgaben an die KommunalpolitikerInnen werden immer komplexer und aufwendiger. Auch die Verantwortung und Haftung der KommunalpolitikerInnen wächst permanent.

Um auch in Zukunft, vor diesem Hintergrund, kompetente Persönlichkeiten für die Kommunalpolitik begeistern zu können, haben wir ein umfassendes Gemeinderechtspaket erarbeitet, das die SPÖ und der GVV Burgenland auch im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen im Oktober 2017 im Burgenland umsetzen wollen.

Wir haben als SPÖ am Landesparteitag im April ein attraktives Kommunalpaket für neue Führungspersönlichkeiten beschlossen. Dazu gehört:

- die Einführung einer Option für hauptberufliche BürgermeisterInnen mit entsprechender Kommunalausbildung,
- die Attraktivierung der Aufwandsentschädigungen der Mandatäre,
- und die Anhebung der Sitzungsgelder für GemeinderätInnen.

Gleichzeitig wollen wir auch für unsere bereits gewählten Mandatarinnen und Mandatäre, die jeden Tag auf kommunaler Ebene mit teils enormem Zeitaufwand hervorragende Leistungen erbringen, die Rahmenbedingungen verbessern, indem wir eine Modernisierung der Gemeindeordnung und der Gemeindevahlordnung umsetzen. Die Gemeindeordnung soll entbürokratisiert und praxisnäher werden. Derzeit laufen die Verhandlungen dazu (mit großem Stellenwert des GVV) zwischen den Landtagsklubs.

Das alles geht nur durch den großen Zusammenhalt von uns Gemeindevertretern selbst sowie durch die gute Zusammenarbeit zwischen den Gemeindevertretern und unseren Regierungsmitgliedern und Abgeordneten. Ganz nach dem Motto „Starke Partner. Starke Gemeinden.“ wollen wir dieses erfolgreiche Zusammenwirken auch am 15. Oktober 2016 bei unserer GVV Landeskonferenz zur bevorstehenden Gemeinderatswahl sichtbar machen.

In diesem Sinn freue ich mich schon jetzt auf Ihr Kommen und wünsche Ihnen schöne Sommertage und viel Erfolg bei der Arbeit für unsere Gemeinden.

Mit freundschaftlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Erich Trummer".

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland



SPÖ sucht verstärkt das Gespräch mit der Jugend und den Frauen

Foto: LSM

SPÖ und GVV Burgenland präsentieren Eckpfeiler für die Gemeinderatswahl im Herbst 2017

Im Herbst 2017 sind die Burgenländerinnen und Burgenländer dazu aufgerufen, ihre Vertreter in den Gemeinden neu zu wählen. Die Vorbereitungen dazu in der SPÖ und dem GVV laufen auf Hochtouren. Ziel sei es, mehr Frauen und junge Menschen für die Politik zu interessieren.

Die SPÖ Burgenland stellt die meisten Bürgermeister im Land und hat auch die meisten Mandate in den Gemeinderäten. „Das gilt es nicht nur zu verteidigen, sondern auch noch auszubauen“, gibt Landeshauptmann Landespartei vorsitzender Hans Niessl die Linie vor. Die Vorbereitungen diesbezüglich laufen bereits auf Hochtouren. Die SPÖ und der GVV Burgenland wollen neue, junge, motivierte Menschen in unsere Gemeinden bringen. „Daher gehen wir auch mit dem Motto ‚jünger und weiblicher‘ in die Wahl“, so Niessl.

Besonders die vielen engagierten Frauen will die SPÖ Burgenland vor den Vorhang bitten. Die SPÖ ist schon jetzt die Frauenpartei im Burgenland. „Immerhin 49 Prozent der Frauen haben bei der Landtagswahl im Vorjahr die SPÖ gewählt. Wir haben 7 Bürgermeisterinnen, die ÖVP keine einzige. Bereits 700 Frauen stehen im Burgenland in erster Reihe bei politischen Funktionen. Und die Kommunalpolitik profitiert von der weiblichen Komponente, denn Frauen kommunizieren anders als Männer“, weiß Frauenlandesrätin Verena Dunst. Doch das Potential ist noch lange nicht ausgeschöpft. „Im Herbst werden wir erstmals einen sogenannten Gemeinderätinnenkongress ab-

halten. Dort werden Projekte von burgenländischen Gemeinderätinnen bzw. Frauen präsentiert und Strategien für unser Anliegen ‚Mehr Frauen in die Politik‘ diskutiert“, freut sich Dunst.

Trummer: „Junge Menschen wollen gefragt werden“

Auch die angebliche „Politikverdrossenheit“ von jungen Menschen nimmt die SPÖ zum Anlass, um bei der nächsten Gemeinderatswahl als Plattform für eben diese zu dienen. Laut Jugendstudie 2015 sehen 50 Prozent der Jugendlichen ein Engagement in der Kommunalpolitik positiv. „Diese jungen Menschen müssen wir bewusst ansprechen und ihnen Wege und Möglichkeiten zur Mitgestaltung ihrer Gemeinde bieten sowie ihre Ideen ernst nehmen und umsetzen“, fordert der Präsident des Gemeindevertreterverbandes Erich Trummer. Ein weiteres wichtiges Thema in diesem Zusammenhang ist für die SPÖ das Gemeinderechtspaket „Kommunalpolitik 2.0“. „Wir müssen die Rahmenbedingungen für unsere Kommunalpolitiker den heutigen Gegebenheiten anpassen. Es wird immer schwieriger Menschen zu finden, die sich in ihrer Gemeinde politisch engagieren und Verantwortung übernehmen wollen“, weiß Trummer. Im Zuge des Gemeinderechtspakets sollen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister künftig die Möglichkeit haben, das Amt auch hauptberuflich auszuüben, mit einer entsprechenden Kommunalausbildung. Auch die Aufwandsentschädigungen für Mandatäre und Gemeinderäte

sollen in Zukunft attraktiver gestaltet werden. „Die Funktionärinnen und Funktionäre machen eine hervorragende Arbeit in den Gemeinden. Sie sind unsere starken Partner, und das wollen wir auch dementsprechend honorieren“, so Trummer. Auch im GVV Vorstand hat Trummer alle Mitglieder über die neuen, geplanten Rahmenbedingungen informiert.

SPÖ tourt von 17. bis 24. Juli 2016 wieder durchs Land

Zu den Vorbereitungen auf die Gemeinderatswahl 2017 gehört auch die alljährliche Sommertour der SPÖ Burgenland. Unter dem Motto „zuhören.reden.umsetzen. wird die „#spoetour16“ dieses Mal von 17. bis 24. Juli stattfinden. Es gehöre zu seinem Politikverständnis, die Menschen miteinzubinden, so Niessl. Denn die Burgenländerinnen und Burgenländer wüssten am besten, wo der Schuh drückt.

Fakten-Box

- 49 Prozent der Frauen haben bei der Landtagswahl 2015 die SPÖ gewählt
- Die SPÖ stellt sieben Bürgermeisterinnen, die ÖVP keine einzige
- 50 Prozent der Jugendlichen sehen ein Engagement in der Kommunalpolitik positiv

Vorwort !



Mag. Herbert Marhold
Landesgeschäftsführer

Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!

Nach dem Tod von Bürgermeister und Amtmann Daniel Neubauer von der ÖVP Ende März dieses Jahres wurden in der südburgenländischen Gemeinde Neuberg die Weichen völlig neu gestellt. Die Aufgaben des verstorbenen Bürgermeisters hat Vizebürgermeisterin Birgit Karner von der SPÖ übernommen. Als eine ihrer ersten Amtshandlungen hat Karner Andrea Weber, die bereits in Deutsch Kaltenbrunn als Amtsfrau arbeitet, als provisorische Amtsleiterin für Neuberg bestellt, da der verstorbene Bürgermeister gleichzeitig auch Amtsleiter war.

Die erfahrene Deutsch Kaltenbrunnerin ist zwei Tage pro Woche in Neuberg tätig, ein langjährige Amtsmitarbeiter der Gemeinde Neuberg steht ihr zur Seite. Mitte April trat der Gemeinderat dann erstmals nach dem Tod Neubauers unter der Leitung von Karner und Weber zusammen. Wichtigster Punkt war die Ausschreibung eines neuen Amtmanns bzw. einer neuen Amtsfrau für Neuberg. Um hier formal keinen Fehler zu machen und alles korrekt in die Wege zu leiten, waren auch eine Vertreterin der Gemeindeabteilung sowie die Bezirkshauptfrau des Bezirkes Güssing, Mag.a Dr.in Nicole Christina Wild, anwesend. Die Neuwahl des Bürgermeisters bzw. der Bürgermeisterin wird am 24. Juli erfolgen, eine Neuwahl des Gemeinderates ist nicht erforderlich. Karner wird für die SPÖ ins Rennen um den Bürgermeistersessel gehen.

Mit dieser vorgezogenen Bürgermeisterwahl in Neuberg zeigt sich bereits der kommende Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlkampf 2017 am Horizont. Der GVV Burgenland ist vorbereitet. Alle notwendigen Arbeiten dafür in der SPÖ Landesorganisation und vor allem im GVV Burgenland sind auf Schiene und laufen bis dato planmäßig. Am 15.10. wird der GVV in Raiding auch eine große Landeskonzferenz abhalten, um für den kommenden Wahlkampf auf kommunaler Ebene zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Hoffentlich dann schon mit einer weiteren SPÖ Bürgermeisterin in gewählter Funktion. Wir werden jedenfalls alles dafür tun, um mit Birgit Karner eine weitere Frau im Burgenland in das höchste Amt einer Gemeinde zu hieven. Sie wäre dann die 8. Bürgermeisterin im Burgenland, übrigens alle von der SPÖ. Es gibt also noch viel zu tun. Packen wirs an!

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold
Landesgeschäftsführer

Lehrgang „Zertifizierter Vereinsfunktionär“ wird fortgesetzt

Im Frühjahr 2016 wurde erstmals der Lehrgang „Zertifizierter Vereinsfunktionär“, der in dieser Form österreichweit einzigartig ist, von der Akademie Burgenland angeboten und erfolgreich durchgeführt.

Aufgrund der großen Nachfrage und auch der Notwendigkeit von gut geschulten und ausgebildeten ehrenamtlichen Vereinsfunktionären wird der Lehrgang auch im September 2016 veranstaltet – sowohl in Eisenstadt als auch in Pinkafeld.

Dieser Lehrgang bietet einen tiefen Einblick in das Vereinswesen und vermittelt wichtige Informationen zu sämtlichen für Vereinsfunktionär relevanten Themen. Namhaften Experten erklären, wie das Vereinsleben zum Blühen gebracht werden kann, in welchem rechtlichen Rahmen sich Vereinsfunktionäre bewegen können und dürfen und wie sie mit steuerlichen und sozialversicherungstechnischen Fragen umgehen. Ergänzend dazu erhält man umfangreichen Input zur Organisation von

Veranstaltungen und dazu, wie diese angekündigt und kommuniziert werden, um ein erfolgreiches Ergebnis zu erzielen. Der Lehrgang ist in 6 Modulen zu je einem Tag (insgesamt 3 Wochenenden) aufgebaut.

In Eisenstadt startet der Lehrgang am 09.09.2016, in Pinkafeld am 16.09.2016. Die Anmeldung zu den Lehrgängen ist bereits über das Seminaranmeldesystem der Akademie Burgenland unter <https://seminartool.akademie-burgenland.at> möglich.

Krensdorf und Sigleß erhalten 30 neue Krippenplätze

In Krensdorf entsteht eine gemeindeübergreifende Kinderkrippe. Den offiziellen Spatenstich für den Neubau neben dem Kindergarten nahm Landtagspräsident Christian Illedits gemeinsam mit den Bürgermeistern von Krensdorf und Sigleß, Karl Izmenyi und Josef Kutrowatz, vor.

48 Kinder sind derzeit im alterserweiterten Kindergarten untergebracht, darunter viele bereits ab eineinhalb Jahren. Da die Nachfrage nach Betreuungsmöglichkeiten für die Kleinsten in den Gemeinden weiterhin steigt, haben die Gemeinderäte für den Bau einer Kinderkrippe entschieden. Untergebracht wird diese in einem Neubau, der über einen Verbindungsgang mit dem bestehenden Kindergarten verbunden sein wird. Während die drei- bis sechs-Jährigen weiterhin im Kindergarten betreut werden, bietet die neue Krippe Platz für die Kleinsten. Zwei Gruppen zu je 15 Kindern wird es geben. Vom neuen Platzangebot, das nach Fertigstellung für 78 Kinder ausreichen wird, profitieren vor allem Sigleßer Elternteile, deren Kinder derzeit zum Teil in weiter entfernten Einrichtungen betreut werden.

600.000 Euro werden investiert, Land schießt 120.000 Euro zu

600.000 Euro beträgt die Gesamtinvestition in den Neubau, wobei das Land Burgenland das gemeindeübergreifende Projekt mit einem Zuschuss in der Höhe von etwa 120.000 Euro fördert. Der verbleibende Betrag wird 50:50 auf die Gemeinden aufgeteilt. Damit folgen Krensdorf und Sigleß einem Trend – 19 gemeindeübergreifende Einrichtungen gibt es derzeit im Burgenland, vier davon im Bezirk Mattersburg, wobei die erste vor über zehn



Spatenstich zum Bau der Kinderkrippe Krensdorf/Sigleß

Foto: Gemeinde Sigleß

Jahren in Draßburg eingerichtet wurde. „287 Kinderbetreuungseinrichtungen zählt das Burgenland derzeit und befindet sich damit auf einem ausgezeichneten Weg: Bei den drei- bis fünf-Jährigen verzeichnen wir die höchste Betreuungsquote – fast 100 Prozent sind es bei den vier- bis fünf-Jährigen – und mit über 31 Prozent die zweithöchste bei

den unter drei-Jährigen,“ so Landtagspräsident Christian Illedits. Und weiter: „Es ist die Aufgabe der Politik, zeitgemäß auf die Bedürfnisse der Familien, Kinder und Elternteile einzugehen. Daher fördert das Land die Gemeinden jährlich mit rund 23 Mio. Euro Personalkostenzuschuss und rund 1,5 Mio. Euro Baukostenzuschuss.“

**Vorankündigung:
Die außerordentliche Landeskonferenz des GVV Burgenland findet
am 15.10.2016 in Raiding statt!**

**Meet and Greet ab 9.00 Uhr
Beginn der Konferenz 10.00 Uhr**

Birgit Karner führt die Gemeinde Neuberg

Nach dem plötzlichen Tod von Bürgermeister und Amtmann Daniel Neubauer (ÖVP) Ende März mussten nun in der südburgenländischen Gemeinde Neuberg die Weichen völlig neu gestellt werden. Die Aufgaben des Bürgermeisters hat Vizebürgermeisterin Birgit Karner von der SPÖ übernommen. Als einer ihrer ersten Amtshandlungen hat Karner AL Andrea Weber aus Deutsch Kaltenbrunn als provisorische Amtsleiterin für Neuberg bestellt, da der verstorbene Bürgermeister gleichzeitig auch Amtsleiter war. Die erfahrene Deutsch Kaltenbrunner Amtfrau ist zwei Tage pro Woche in Neuberg tätig, der langjährige Amtsmitarbeiter Leopold Ivancsics steht ihr zur Seite. Mitte April trat der Gemeinderat dann erstmals nach dem Tod Neubauers unter der Leitung von Karner und Weber zusammen. Wichtigster Punkt war die Ausschreibung der Funktion eines Amtmanns bzw. einer Amtfrau. Die Neuwahl des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin wird voraussichtlich Ende Juli erfolgen, eine Neuwahl des Gemeinderates ist nicht erforderlich. Karner wird für die SPÖ ins Rennen um den Bürgermeistersessel gehen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird sie als amtsführende Bürgermeisterin die Geschicke Neubergs gemeinsam mit Andrea Weber leiten. Verschoben wird aus dem tragischen Anlass der für das Frühjahr vorgesehene Umbau des Gemeindeamtes, der von Neubauer schon bis ins Detail vorbereitet worden war. Karner hat aber bereits mit LH Hans Niessl und Gemeindereferentin Mag. Astrid Eisenkopf erste Gespräche geführt, um Finanzierungsmöglichkeiten für verschiedene Projekte in Neuberg auszuloten.



Um hier formal keinen Fehler zu machen und alles korrekt in die Wege zu leiten, waren auch Mag. Brigitte Novosel (Gemeindeabteilung des Landes) sowie die Bezirkshauptfrau des Bezirkes Güssing, Dr. Christina Wild, anwesend, die nach der Sitzung Bürgermeisterin Karner und Amtsleiterin Weber gratulierten

Foto: Gemeinde Neuberg



Der GVV Landesvorstand hat einstimmig beschlossen, im Fall einer Klage gegen das neue FAG die klagende GVV Mitgliedsgemeinde, sowie jede weitere GVV Mitgliedsgemeinde, die sich an dieser Klage beteiligt, finanziell zu unterstützen
Foto: GVV

„Jeder Bürger muss gleich viel wert sein!“ - Klage beim VfGH steht im Raum

Bei der Bundesvorstandssitzung des Österreichischen Gemeindebundes in Wien Mitte März waren auch der Finanzausgleich und die Position des Österreichischen Gemeindebundes bei diesen Verhandlungen ein zentrales Thema.

Gefordert wurden vom Gemeindevertreterverband Burgenland Ausgleichsmaßnahmen für struktur- und finanzschwache Gemeinden, eine Ausgaben- und Aufgabenreform sowie eine Modernisierung der Einheitsbewertung mit einer Reform der Grundsteuer. Kernforderung war und ist aber: „Jeder Bürger muss - egal wo er in Österreich seinen Wohnsitz hat - gleich viel wert sein!“. Diese klare Position hat der GVV Burgenland auch schriftlich eingebracht, dies wurde aber in der Resolution des Gemeindebundes nicht berücksichtigt. Daher hat der GVV Burgenland als einziger Landesverband dieser - für das Burgenland nachteiligen - Resolution nicht zugestimmt und trägt die Gemeindebundesposition in diesem zentralen Punkt nicht mit! GVV Präsident Erich Trummer plant nun sogar eine Klage beim Verfassungsgerichtshof!

Trummer: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass gerade die ÖVP-geführten kommunalen Verbände - in Tirol, Vorarlberg und Salzburg den größten Widerstand gegen eine faire Aufteilung der Mittel leisten und sich offensichtlich parteiintern durchsetzen. Statt immer nur den Wegfall des abgestuften Bevölkerungsschlüssels zu fordern, um da-

mit Wien allen anderen Gemeinden anzugleichen, sollte die ÖVP - und da vor allem Berlakovich und Mödlhammer - mit ihrem ÖVP Finanzminister und ihren Parteifreunden im Westen reden, um eine ordentliche und faire Reform des FAG auf den Weg zu bringen! Der GVV ist jedenfalls dafür, dass jeder gleich viel wert ist, was dann für alle Kommunen, auch jene in den westlichen Bundesländer, gelten muss!“

Als letzte Konsequenz plant jetzt Trummer - gerade wegen dieser Ungleichbehandlung der Gemeinden - mit seiner Gemeinde Neutal eine Klage beim VfGH, um gerichtlich eine gerechte Lösung herbeizuführen. Es soll damit dieses Ungleichgewicht bei der Verteilung der finanziellen Mittel, das offensichtlich wegen der Blockade der westlichen Verbände politisch nicht zu beheben ist, beendet werden. Die entsprechenden Grundsatzbeschlüsse wurden im Gemeinderat in Neutal und im GVV Landesvorstand bereits gefasst.

Wichtige Leitanträge beim SPÖ Landesparteitag angenommen

Ein gerechter Finanzausgleich war auch wichtiges Thema beim SPÖ Landesparteitag in Raiding. Ein entsprechender vom GVV eingebrachter Leitantrag für eine gerechtere Verteilung und damit vor allem auch für mehr finanzielle Mittel für die burgenländischen Gemeinden wurde angenommen. Auf Zustimmung traf auch ein weiterer aus der Sicht des GVV wichtiger Antrag betreffend das Gemeinderechtspaket.

Additionalitäts-Programm - 111 Mio. Euro für Investitionen in den ländlichen Raum

16 Punkte standen auf der Tagesordnung der Mitte März stattgefundenen Landtagsitzung im Burgenland, darunter der Beschluss zum Additionalitäts-Programm. Ergänzend zu den Fördergeldern aus der EU sieht dieses 111 Millionen Euro für die Investition in die Entwicklung des Burgenlandes bis zum Jahr 2020 vor und bildet damit den Nährboden für wichtige Wirtschaftsimpulse im Land.

Im aktuellen Förderprogramm „Übergangsregion 2014-2020“ stehen 72,3 Millionen Euro an Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für Projekte im Burgenland bereit. Der Landtag hat mit dem „Additionalitäts-Programm Burgenland 2014-2020 EFRE“ Fördermittel aus Land und Bund beschlossen, welche jene des EFRE ergänzen. Dem Burgenland stehen damit rund 111 Millionen Euro für die Kofinanzierung von ge-

förderten Projekten zur Verfügung: 43,55 Millionen Euro aus Landesmitteln und 68 Millionen Euro von Seiten des Bundes. Eingesetzt werden die Gelder für die Beschaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, für eine emissionsarme Energienutzung unter Heranziehung heimischer Energieträger und Rohstoffe, für die Weiterentwicklung und den Ausbau von Forschung und Entwicklung sowie für eine höhere Innovationsorientierung der burgenländischen Unternehmen. Konkret sollen etwa Gründungen, Investitionen in Gewerbe und Industrie sowie Infrastrukturmaßnahmen im Verkehrsbereich gefördert werden. „Die Ziele des EFRE Programmes lauten auf Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit. Das Land fördert zu diesem Zweck Maßnahmen in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Wasserwirtschaft und Tourismus,“ fasst LTPräs. Christian Illedits zusammen und verweist auf die Wertschöpfungsprozesse, die hierdurch in Gang gesetzt werden.

Gemeinderechtspaket SPÖ/GVV

Die Anforderungen und Aufgaben an die KommunalpolitikerInnen werden immer komplexer und aufwendiger, auch die Verantwortung und Haftung wächst. Um auch in Zukunft vor diesem Hintergrund kompetente Persönlichkeiten für die Kommunalpolitik begeistern zu können, hat der GVV mit der SPÖ ein umfassendes Gemeinderechtspaket erarbeitet.

Dazu gehört neben der Einführung einer Option für hauptberufliche BürgermeisterInnen (nur mit entsprechender Kommunalausbildung, Kurse dazu gibt es ebenfalls an der Akademie Burgenland) die Attraktivierung der Aufwandsentschädigungen der Mandatäre (Anhebung Sockelbetrag) ebenso wie die Anhebung der Sitzungsgelder für GemeinderätInnen (Verdoppelung) und eine Modernisierung der Gemeindeordnung und der Gemeindegewahlordnung mit einer Entbürokratisierung der Gesetze.

e energie BURGENLAND

Unsere Servicepartner lassen Energie-Gewinner jubeln.

Alexander J. und Paul S.
Energie-Gewinner.

Mehr Fernsehvergnügen um weniger Geld – das gibt's nur bei den rund 100 Servicepartnern im Burgenland: Denn bis 10. Juli 2016 können Sie beim Kauf eines TV-Geräts Ihre Bonuspunkte einlösen und zusätzlich 50 Euro Bonus kassieren. Machen Sie außerdem beim aktuellen „2.016 Euro Gewinnspiel“ mit und tippen Sie den Europameister. Ihre Energie Burgenland Servicepartner finden Sie auf: www.energieburgenland.at

Finanzausgleich Schlüssel für ländliche Entwicklung

Die Verhandlungen für den neuen Finanzausgleich, als finanzielle Grundlage für alle Gemeinden und Länder, sind mittlerweile auf Expertenebene gestartet. Konkrete Ergebnisse erwarten die SPÖ-Nationalratsabgeordneten Erwin Preiner und Jürgen Schabhüttl erst im Herbst. Bis dahin werde es aber intensive Verhandlungen geben, denn es gebe eklatante Ungerechtigkeiten im aktuellen Finanzausgleich: „Derzeit profitieren Länder und Gemeinden im Westen viel stärker vom Finanzausgleich als in Ostösterreich. Diese Verteilungsschere muss geschlossen werden, damit jeder Bürger in Österreich im ersten Verteilungsschritt gleich viel wert ist“, zeigten sich die beiden SPÖ-Abgeordneten ganz auf Linie des GVV. Preiner und Schabhüttl streben deshalb auch einen Schulterschluss mit anderen Länder- und Gemeindevertretern an.

Rund 85 Milliarden Euro werden jährlich über den Finanzausgleich auf Bund, Länder und Gemeinden aufgeteilt. Der ländliche Raum müsse vom neuverhandelten Finanzausgleich stärker als bisher profitieren, meint der SPÖ-Sprecher im Parlament für ländliche Entwicklung, Erwin Preiner: „Für strukturell schwächere Gemeinden muss es Ausgleichsmaßnahmen geben. Vor allem geht es aber darum, das West-Ost-Gefälle abzufachen. Derzeit bekommt eine Gemeinde in Vorarlberg pro Hauptwohnsitzer 1.012 Euro, eine Gemeinde im Burgenland nur 741 Euro. Das ist ungerecht und ähnelt einer Diskriminierung der Menschen in Ostösterreich!“, so Preiner, der auch bereits eine Petition für einen fairen Finanzausgleich ins Parlament eingebracht und eine parlamentarische Anfrage an den ÖVP-Finanzminister gestellt hat. Unterstützung bekommt er dabei von SPÖ-NR Jürgen Schabhüttl. Die beiden SPÖ-Abgeordneten sehen nun den ÖVP-Finanzminister am Zug.



Für fairen Finanzausgleich: die SPÖ-Nationalratsabgeordneten Erwin Preiner und Jürgen Schabhüttl Foto: SPÖ



Rege Diskussionen zwischen GVV Burgenland Vizepräsidentin BGMin Inge Posch-Gruska, BGM Mario Abl, BGMin Kerstin Suchan-Mayr, BGM Georg Dornauer und weiteren Gästen

Foto: GVV



Im Rahmen der Bundeskonferenz wurden verdiente aus Funktionen scheidende Mitglieder geehrt und verabschiedet, darunter auch der ehemalige Vorsitzende Bernhard Müller Foto: GVV

GVV Österreich stellt sich neu auf – und wird erstmals von einer Frau geführt

Die neue Klagenfurter Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz wurde Anfang Juni bei der Bundeskonferenz der SPÖ KommunalpolitikerInnen in Neudorf mit 95,5 Prozent der Stimmen zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie folgt damit auf Bernhard Müller, der das Amt seit 2010 innehatte. Mathiaschitz ist die erste weibliche Vorsitzende des GemeindevertreterInnenverbandes.

Knapp 200 Delegierte und Gäste waren bei der Bundeskonferenz anwesend, darunter SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Brunner, die ehemalige Bildungsministerin Hilde Hawlicek und der Wiener Gemeinderat Gerhard Schmid. Seit 2015 ist Mathiaschitz erstes weibliches Stadtoberhaupt von Klagenfurt, nachdem sie den amtierenden FPÖ-Bürgermeister Scheider in der Stichwahl besiegte und die SPÖ nach 42 Jahren wieder zur Regierungspartei in Klagenfurt machte. Mit herausragendem Ergebnis wurde sie nun zur GVV-Vorsitzenden gewählt. „Ich freue mich auf meine neue Aufgabe. Zusammenhalt in der Kommune, aber auch zwischen den Städten und Gemeinden ist wichtig, um die Aufgaben, die vor uns liegen, bewältigen zu können“, betonte Mathiaschitz.

Neben der Wahl und Vorstellung der neuen Vorsitzenden standen bei der Bundeskonferenz der SPÖ KommunalpolitikerInnen noch viele weitere interessante Tagesordnungspunkte auf dem Programm. Neben Reden des gastgebenden Bürgermeisters von Neudorf Dieter Posch und einer Lau-

datio von Gemeinderat Gerhard Schmid beschäftigten sich die KommunalpolitikerInnen intensiv mit Jugend-Fragen. Diskussionsstoff dazu lieferte Jugendforscher Bernhard Heinzlmaier, der ein spannendes Referat zum Thema hielt, das in der anschließenden BürgermeisterInnen-Talk-Runde rege diskutiert wurde.

GVV Burgenland Vizepräsidentin BGMin Inge Posch-Gruska, BGM Mario Abl, BGMin Kerstin Suchan-Mayr, BGM Georg Dornauer tauschten sich über die Bedeutung eines funktionierenden Vereinswesens, über Solidarität mit Flüchtlingen, Neu-Gemeindegründungen, Stadtmarketing, Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen, politisches Engagement junger Menschen u.v.m aus.

Eingebracht wurden zudem ein Antrag, der den sofortigen Stopp der Verhandlungen bezüglich der internationalen Handelsabkommen TTIP, TiSA und CETA fordert sowie eine Leitresolution, die fünf Ziele für den Finanzausgleich formuliert, darunter die Zusammenführung der Aufgaben- und Finanzierungsverantwortung der Gebietskörperschaften, die Verringerung von Finanztransfers vor allem zwischen Ländern und Kommunen und die aufgabenorientierte Verteilung der Finanzmittel. Für den GVV Burgenland sind GVV Vizepräsidentin BR Bgmin Inge Posch-Gruska als Vorsitzende Stellvertreterin und GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold als Beisitzer in die Gremien des GVV Österreich gewählt worden.

Unterstützungserklärung	
Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:	
Der Nationalrat möge ein Bundesverfassungsgesetz beschließen, das österreichischen Organen untersagt, die Handelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) oder das plurilaterale Dienstleistungsabkommen (TiSA) zu unterzeichnen, zu genehmigen oder abzuschließen.	Gegen TTIP / CETA
Vorname, Familienname oder Nachname des (der) Unterstützungswilligen	

GVV nimmt die Ängste der BürgerInnen ernst und unterstützt die Initiative

GVV unterstützt Initiative für ein Volksbegehren gegen TTIP & Co

Der GVV Burgenland unterstützt die Initiative für ein Volksbegehren gegenüber den umstrittenen Abkommen TTIP, CETA und TiSA. Dazu wurde ein entsprechender Vorstandsbeschluss gefasst. Um ein Volksbegehren einleiten zu können, werden 8.500 Unterstützungserklärungen benötigt. Bis 29. Juli sollen die nötigen Erklärungen gesammelt sein.

Nicht zuletzt durch die jüngsten journalistischen Enthüllungen rund um die transatlantischen Geheimverhandlungen sind die Menschen verunsichert. Sie fürchten eine Verschlechterung der europäischen Standards in vielen wichtigen Lebensbereichen.

Mit dem Start einer Initiative für ein Volksbegehren reagieren die SPÖ-GemeindepolitikerInnen auf die zunehmenden

de Ablehnung und Skepsis der Bevölkerung gegenüber den Handelsabkommen mit den USA (TTIP), mit Kanada (CETA) und dem Abkommen über den Dienstleistungshandel (TiSA) (siehe Kasten).

Mit dem Beginn der Initiative sollen bis zum 29. Juli 2016 die notwendigen rund 8.500 Unterstützungserklärungen zusammenkommen, um dann das Volksbegehren so



rasch wie möglich einleiten zu können. „Viele Gespräche mit BürgerInnen, aber auch die mediale Diskussion ließen uns zu diesem Schritt setzen die Initiative zu unterstützen“, so GVV-Präsident Erich Trummer.

Unterstützt werden kann auch Online unter: www.volksbegehren.jetzt

Was ist ...

TTIP steht für „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ und ist ein Handelsabkommen, das die Europäische Kommission seit 2013 mit den USA verhandelt. Dabei sollen die Prinzipien des europäischen und des amerikanischen Marktes angeglichen werden. Große Konzerne in Europa und den USA sehen darin wesentliche Vorteile und machen sich stark für TTIP. Kleinere und mittlere Unternehmen laufen Gefahr, dabei unter die Räder zu kommen. Die in den letzten Wochen unter dem Schlagwort „TTIP-Leak“ diskutierten Forderungen und Standpunkte bestärken TTIP-Skeptiker in der ablehnenden Haltung. Denn für europäische VerbraucherInnen soll der Schutz aufgeweicht werden. Amerikanische Konzerne möchten bei Rechtsstreitigkeiten vor kein normales Gericht – sondern sind für „Sonderklagsrechte für Konzerne“!

CETA: Das „Comprehensive Economic and Trade Agreement“ ist ein Handelsabkommen, das die Europäische Kommission mit Kanada verhandelt bzw. das bereits fertig ausverhandelt ist. Die Ablehnungsgründe von CETA sind ident wie jene von TTIP! Es geht darum, dass Konzerne eine juristische Sonderstellung möchten (Sonderklagsrechte), um Privatisierungen und Liberalisierungen, sowie um das Urheberrecht und die Umweltstandards.

TiSA: Das „Trade in Services Agreement“ ist ein Abkommen zur Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen. Dieses Abkommen wird zwischen 23 Staaten verhandelt. Für die europäischen Mitgliedsstaaten führt die Europäische Kommission die Verhandlungen. Durch dieses Abkommen sollen die nationalen Dienstleistungsmärkte (Bildung, Abfallentsorgung, Spitäler, Datenschutz, uvm.) für ausländische Konzerne zugänglich gemacht werden. Dies hat zur Folge, dass staatliche Regierungen, regionale Landesparlamente oder Gemeinderäte in den Städten und Gemeinden massiv unter Druck kommen können, ihre Einrichtungen für ausländische Konzerne zu öffnen.

So läuft die Einleitung des Volksbegehrens ab

- 1) Unterstützungserklärung nehmen,
- 2) auf das Gemeindeamt/Magistrat gehen
- 3) vor den MitarbeiterInnen ausfüllen & unterschreiben und bestätigen lassen
- 4) Gemeinden/Magistrate übernehmen die Übermittlung an den Verein „Gegen TTIP, CETA und TiSA“, 3160 Traisen (Gesetzliche Verpflichtung).
- 6.) Wir sammeln bis am 29. Juli 2016 die Unterstützungserklärungen,
- 7.) danach werden diese Unterstützungserklärungen mit einem Einleitungsantrag

- und einer Begründung, vom „Verein Gegen TTIP, CETA und TiSA“ beim Innenministerium eingereicht.
- 8.) Das Innenministerium überprüft in den nächsten 3 Wochen die Rechtmäßigkeit der Erklärungen.
- 9.) danach wird vom Innenministerium die Eintragungswoche festgelegt (diese muss in den nächsten 6 Monaten erfolgen)
- 10.) dann gilt es zu mobilisieren, um die notwendigen 100.000 Unterschriften zur Behandlung im Nationalrat zu erreichen.



GVV Präsident Erich Trummer gratuliert den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Akademie

Foto: Akademie Burgenland

DIE Akademie für junge GemeinderätInnen im Burgenland

Politisches Handwerk will gelernt sein und ist schließlich die Grundvoraussetzung für zukunftssträchtige Gemeindepolitik. Aus diesem Grund haben sich der sozialdemokratische Gemeindevertreterverband (GVV) Burgenland, das Renner Institut Burgenland und die Sozialistische Jugend (SJ) Burgenland dazu entschlossen, gemeinsam eine Akademie für junge GemeinderätInnen auf die Beine zu stellen.

Ziel dieser Akademie ist es, junge Menschen bei der Entwicklung von fachlicher, politischer und sozialer Kompetenz zu unterstützen.

Die GMOA and more Akademie gliedert sich in 6 verschiedene Module, die innerhalb von 6 Monaten zu absolvieren sind. Die Module finden jeweils an Samstagen in den unterschiedlichsten Teilen des Burgenlandes statt.

Im Rahmen dieser Module sollen den TeilnehmerInnen sowohl politisches Wissen, als auch die nötigen „Softskills“ für die Arbeit in den Gemeinderäten näher gebracht werden. ReferentInnen, die allesamt als ExpertInnen auf ihrem Gebiet gelten, teilen an 6 Samstagen ihr Wissen und ihre Erfahrung mit den VerantwortungsträgerInnen der Zukunft. Vor allem im Rahmen der Gemeinderatswahlen 2017 ist es wichtig, den JugendkandidatInnen das richtige „Know-How“ mitzugeben. Daher ist dieser Lehrgang auch speziell an die Anforderungen der JugendkandidatInnen angepasst. Dabei soll der Austausch von Ideen und Erfahrungen untereinander bei GMOA and more nicht zu kurz kommen.



Sechs Module

- „Sozialdemokratie: Gestern & Heute“
- „Jugendarbeit im Überblick“
- „Presse & Öffentlichkeitsarbeit“
- „Rhetorik“
- „Gemeindeordnung leicht gemacht!“
- „Projektmanagement in den Gemeinden“

Kern: Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Bildung und Integration sind die zentralen Themen

Christian Kern wurde vom SPÖ-Bundesparteivorstand als Bundesparteivorsitzender designiert und von Bundespräsident Heinz Fischer als Kanzler angelobt. In seinen ersten Statements machte Kern deutliche Ansagen für eine neue Politik, aber auch für einen neuen Politikstil. Die zentralen politischen Herausforderungen sind für Kern Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstandort, Bildung und Integration.

In seinen ersten Statements machte Kern deutliche Ansagen für eine neue Politik, aber auch für einen neuen Politikstil. Die zentralen politischen Herausforderungen sind für Kern Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstandort, Bildung und Integration. „Wir brauchen ein umfassendes Projekt der Modernisierung, das klar zeigt, dass wir eine Kraft des sozialen Fortschritts und des individuellen Aufstiegs sind. Ein Projekt, das den Menschen zeigt, wofür sie die Sozialdemokratie brauchen“, so der neuen Bundeskanzler, der auch eine neue Form der Zusammenarbeit ankündigt: „Es macht keinen Sinn, dem anderen keinen Millimeter Erfolg zu gönnen; bei jeder Idee, die der andere versucht konstruktiv zu entwickeln, von vornherein ‚Njet‘ zu sagen und nicht für eine sinnvolle Diskussion zur Verfügung zu stehen.“ Außerdem wolle er „die Hoffnung nähren und nicht die Sorgen und Ängste.“ Der Glaube an die Zukunft in diesem Land sei wiederherzustellen. Dafür braucht es eine kurzfristige Trendwende – „wir müssen die Stimmung im Land drehen“ –, aber auch reale Politikvorschläge für die zentralen Felder Beschäftigung, Bildung, Wirtschaft,

Löhne – mit Perspektiven bis ins Jahr 2025. Die SPÖ gelte es „auf die Höhe der Zeit zu bringen“, so Kern: „Die SPÖ war immer dann stark, wenn sie sich für Aufstiegschancen von normalen, einfachen Leuten einsetzte, wenn sie sich als Kraft der Modernisierung und Demokratisierung verstanden hat.“ Neue Politik beginne damit, Klartext zu reden und die Dinge beim Namen zu nennen. Es müsse Schluss sein mit Leerformeln wie „Wir müssen jetzt mehr auf die Menschen zugehen, wir müssen die Sorgen ernst nehmen.“

Neu im Regierungsteam-Team sind Kanzleramts- und Kulturminister Mag. Thomas Drozda, ein renommierter Kulturmanager und Finanzexperte, Staatssekretärin Mag. Muna Duzdar, eine junge Anwältin mit Migrationshintergrund, Mag. Jörg Leichtfried als Infrastrukturminister und die Vorsitzende der Universitäten-Konferenz, Dr. Sonja Hammerschmid, als Bildungsministerin.

SPÖ-Bundesparteitag: 97 Prozent Zustimmung für Christian Kern

Beim SPÖ-Bundesparteitag erhielt Bundeskanzler Christian Kern herausragende 96,84 Prozent Zustimmung der Delegierten. 1.200 Delegierte, Gastdelegierte und Gäste waren zum außerordentlichen Parteitag der SPÖ gekommen, der unter dem Motto „Österreich begeistern“ stand. „Ihr könnt euch darauf verlassen, dass ich mit vollem Einsatz und mit ganzer Leidenschaft für unsere Sache kämpfen werde“, sagte Kern nach der Wahl.



Star-Ups zu Besuch bei Bundeskanzler Christian Kern.

Foto: BKA / Andy Wenzel

Die Neuen im Team

Die neuen Regierungsmitglieder sollen laut Kern die „Anschlussfähigkeit“ an wichtige gesellschaftliche Gruppen wieder herstellen.

- Kanzleramts- und Kulturminister **Thomas Drozda**, ein renommierter Kulturmanager und Finanzexperte;
- Staatssekretärin **Muna Duzdar**. Mit der jungen Frau mit Migrationshintergrund wird „ein ganz bewusstes, wichtiges Zeichen“ gesetzt;
- Infrastrukturminister **Jörg Leichtfried** ist ein herausragender Infrastruktur- und Verkehrspolitiker, mit dem Kern bereits eine langjährige Zusammenarbeit verbindet.
- Bildungsministerin ist die ehemalige Vorsitzende der Universitäten-Konferenz **Sonja Hammerschmid**. Sie ist für Bundeskanzler Christian Kern „ein Symbol für neue kreative Wege, Blockaden in der Bildungspolitik zu überwinden“.

Lebenslauf Christian Kern

Nach Stationen im Journalismus und als Mitarbeiter im Parlament und Bundeskanzleramt startete Kern 1997 seine Laufbahn in der Energiewirtschaft. Beim Verbund, dem größten Energieversorger Österreichs, stieg er bis zum Konzernvorstand auf (2007). Von dort wechselte er 2010 als Vorstandsvorsitzender zu den ÖBB. In dieser Funktion war er ab 2014 auch Chairman des Europäischen Eisenbahnverbandes CER (Community of European Railways) mit Sitz in Brüssel.

Kern wurde am 4. Jänner 1966 in Wien geboren. Er absolvierte das Gymnasium Gottschalkgasse in Wien-Simmering und studierte Soziologie, Politikwissenschaften und Publizistik- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Wien.

Christian Kern ist verheiratet und Vater von vier Kindern.

Land bestellt neue Leiter für Abteilungen

Nach öffentlicher Ausschreibung und externer Prüfung der Eignung gemäß Objektivierungsgesetz erfolgte mit Kundmachung vom 22. April 2016 die öffentliche Ausschreibung von vier Abteilungsvorständen im Amt der Burgenländischen Landesregierung. Nachdem die Eignung der Bewerberinnen und Bewerber extern durch ein Personalberatungsunternehmen – wie im Objektivierungsgesetz vorgesehen – geprüft wurde, hat die Landesregierung in ihrer heutigen Sitzung die Bestellung der vier Abteilungsvorstände beschlossen. „Ich möchte allen Abteilungsvorständen sehr herzlich zu ihrer Bestellung gratulieren. Im Sinne einer modernen, effizienten und bürgernahen Landesverwaltung brauchen wir bestens qualifizierte Führungskräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, so Landeshauptmann Hans Niessl.

Damit wurde die Leitung von vier der künftig sieben Abteilungen mit 1. Juli 2016 und mit dem Inkrafttreten der optimierten Struktur in der Landesverwaltung neu besetzt. Die Bestellung der neuen Abteilungsvorstände erfolgte befristet auf fünf Jahre.

Die Abteilung 2 (Landesplanung, Sicherheit, Gemeinden und Wirtschaft) wird Mag.a Brigitte Novosel leiten. Sie war schon bisher in der Abteilung 2 als Hauptreferatsleiterin (Gemeindeaufsicht und –finanzen) tätig.

Als Leiter der Abteilung 4 (Ländliche Entwicklung, Agrarwesen und Naturschutz) wurde Mag. Thomas Izmenyi bestellt. Izmenyi war bisher mit der provisorischen Leitung des Hauptreferates Agrarwesen und landwirtschaftliches Schulwesen betraut.

Die Baudirektion (die künftige Abteilung 5) leitet DI (FH) Wolfgang Hecknast. Bisher war er Abteilungsvorstand der Abteilung 8 – Straßen-, Maschinen- und Hochbau.

Zur Leiterin der Abteilung 6 (Gesundheit und Soziales) wurde WHRin Mag.a Sonja Windisch bestellt. Sie war schon bisher mit der provisorischen Leitung der Abteilung 6 betraut.



Landeshauptmann Hans Niessl, Bürgermeister Dir. Hans Schrammel sowie die beiden Geschäftsführer DI Franz Alexander Predl und Ing. DI Rudolf Haider an der Spitze zahlreicher Fest- und Ehrengäste beim Spatenstich für das neue Abfall-Logistikzentrum Nord des UDB in Gols
Foto: LSM

UDB: Baubeginn für das neues Abfall-Logistikzentrum Nord in Gols

Die Bewilligungen liegen vor, die Pläne sind fertig, die Finanzierung steht! In nur 16 Monaten soll sich das heutige Sammelzentrum in der Fläche auf knapp 21.000 m² mehr als verdoppeln und danach Abfall-Logistikzentrum Nord heißen. Der Neubau wird für die Golserinnen und Golser auch mit einem der modernsten Altstoffsammelzentren des Landes ausgestattet. Das neue Abfall-Logistikzentrum Nord wird 40 MitarbeiterInnen, 8 Müllsammel-Lkw, 3 Container-Lkw und 2 Leicht-Lkw umfassen. Am neuen Firmenstandort werden pro Jahr mehr als 35.000 Tonnen Abfälle umgeschlagen werden. Die Inbetriebnahme ist für Oktober 2017 geplant, 2,5 Millionen Euro werden investiert.

Die Baumaßnahmen werden bei laufendem Betrieb durchgeführt. Abgerissen werden das Bürogebäude mit Waage, die Werkstatt und das Zwischenlager für gefährliche Abfälle. Sie werden neu errichtet – zusammen mit Waschplatz, Haustankstelle, Rundbojenhalle, jeder Menge Lagerboxen und barrierefreien Abwurfstellen in die Container. Die neue geschaffenen Manipulations- und Verkehrsflächen verfügen über ein System zur Schmutzwasserableitung. Die Garderoben für die 40-köpfige Mannschaft ent-

sprechen den modernsten Standards und sind in Sauber- und Schmutzgarderobe getrennt. Die gesamte Energietechnik zur Versorgung des Bürogebäudes wird ebenfalls nach neuesten Standards errichtet: Beheizt werden die 390 m² Nutzfläche mit einer Luftwasserwärmepumpe gekoppelt mit kontrollierter Gebäudelüftung und Wärmerückgewinnung. Der Strom dafür wird selbst erzeugt und kommt vom Dach der Umladehalle, konkret über eine Photovoltaikanlage mit einer Kapazität, die inzwischen auf eine Leistung von 50 kWp erweitert wurde.

Mit diesem Neubau rüstet sich die Umweltdienst Burgenland GmbH für die Herausforderungen der abfallwirtschaftlichen Zukunft. Das sind rasche Umladung und saubere Sortierung von Metall, Holz, Bauschutt, Verpackungen, thermisch verwertbaren Fraktionen, etc. „Wir lösen mit dem Bauvorhaben die Platzprobleme am Standort und entsprechen mit der Ausstattung den heutigen Anforderungen an sortenreine Wert- und Rohstoffe“, sagen die beiden UDB-Geschäftsführer DI Franz Alexander Predl und Ing. DI Rudolf Haider. Deshalb habe man sich mit Unterstützung der Gemeinde Gols zur großzügigen Erweiterung entschlossen.

Leithaland auf gutem Weg in die Energieautarkie

Die neun Gemeinden der „Klima- und Energiemodellregion (KEM) Leithaland“ setzen seit Jahren intelligente und auf die Region abgestimmte Energiekonzepte erfolgreich um. Mit dem verstärkten Einsatz von Photovoltaik und der Forcierung der E-Mobilität soll mittelfristig die Energieautarkie in der Region in den drei Sektoren Wärme, Strom und Mobilität erreicht werden.

2013 wurde die „Klima- und Energiemodellregion Leithaland“ gestartet. Basis war das Programm des Klimafonds des Bundes, das österreichische Regionen finanziell bei Maßnahmen zur Energieeinsparung unterstützt. Neun Gemeinden mit insgesamt rund 18.000 Einwohnern sind beteiligt: Großhöflein, Hornstein, Leithaprodersdorf, Müllendorf, Neufeld/Leitha, Pötttsching, Steinbrunn, Wimpassing/Leitha und Zillingtal. Voraussetzung war die Erstellung eines bindenden Umsetzungskonzepts und dessen Umsetzung durch einen Modellregionsmanager. Partner sind Unternehmen und öffentliche Einrichtungen aus der Region, etwa die Burgenländische Energieagentur (BEA), wichtig ist die Vernetzung mit anderen Klima- und Modellregionen.

36 Maßnahmen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 3 Mio. Euro seien umgesetzt worden. Zu den Maßnahmen zählen Förderaktionen für Photovoltaikanlagen für

Privathaushalte, der Einbau von Photovoltaikanlagen in öffentlichen Gebäuden, die thermische Sanierung von Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden und Heizungstausch ebenso wie Bürgerbeteiligungsmodelle oder die Anschaffung eines Gmoa-Busses und eines E-Nutzfahrzeuges. Daneben wurden von der KEM 11 Informations- und Beratungsveranstaltungen zu Spezialthemen initiiert, etwa zu Heizungswärmepumpen oder zum Einsatz von LED, die von der Bevölkerung gut angenommen worden seien. Ein durchschlagender Erfolg sei auch das Schul-Gemeinschaftsprojekt „Der Sonne entgegen“ zum Thema Energiesparen und Klimaschutz gewesen.

Die Leistungsbilanz ist beeindruckend: „Pro Jahr werden durch die Effizienzmaßnahmen mehr als 450 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart. Das ist ein maßgeblicher Beitrag zum Umweltschutz, der zeigt, dass es durch aktive Einbindung der Bevölkerung möglich ist, das Bewusstsein für Nachhaltigkeit und Energieeinsparung auf breiter Basis erfolgreich zu verankern“, so LRin Eisenkopf.

Künftig soll die E-Mobilität weiter ausgebaut werden, sagt KEM Leithaland-Manager Ing. David Locsmandy. Geplant seien auch Angebote von Alternativen zum Gebrauch von Privat-PKWs im Alltag, Angebote von alternativen Treibstoffen und weitere Kooperationen mit Partnern aus der Wirtschaft.



Umweltlandesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf mit Bürgermeistern und Partnern der Gemeinden der „Klima- und Energiemodellregion (KEM) Leithaland“: v.l.: Philipp Knopf, Fa. Skyability, Bgm. Herbert Worschitz (Hornstein), Bgm. Werner Huf (Müllendorf), Bgm. Herbert Gelbmann (Pötttsching), Ing. David Locsmandy, Modellregionsmanager der KEM Leithaland, KEM Leithaland-Sprecher Bgm. Johann Fellingner (Zillingtal), LRin Mag.a Astrid Eisenkopf, Bgm. Heinz Heidenreich (Großhöflein), Bgm. Michael Lampl (Neufeld/Leitha), DI Johann Binder, GF der BEA, Ing. Andreas Schneemann, GF der Energie Kompass GmbH. Foto: LSM



Baumbepflanzung als Teil der Wulkarenaturierung in Wulkaprodersdorf: Bgm. Friedrich Zarits, Vize-Bgm. Ing. Markus Krojer, LR Helmut Bieler, WHR DI Helmut Rojacz, Projektverantwortlicher Foto: LSM

Wulkarenaturierung in Wulkaprodersdorf

Neben dem Abschluss von mehreren Hochwasserschutzmaßnahmen in der Marktgemeinde Wulkaprodersdorf werden auch Projekte zur Renaturierung der Wulka umgesetzt. Investitionen von 1,7 Millionen Euro für Hochwasserschutz und Renaturierung lassen Naherholungsgebiet entstehen. Bis vor wenigen Jahren bestand im Bereich der Pieler-Mühle ein für die Wasserlebewesen unpassierbares Migrationshindernis mit einer Fallhöhe von ca. 2,90 Meter. Gemäß Nationalem Gewässerbewirtschaftungsprogramm müssen in der ersten Phase Fischwanderhindernisse beseitigt werden. Nach dem Erlöschen der wasserrechtlichen Bewilligung zum Betrieb der Pieler-Mühle konnte nun ein fischpassierbares Wulkagerinne hergestellt werden.

Der Wulkaverlauf wurde in Form eines mäandrierten Flusses um ca. 500 Laufmeter verlängert und dadurch die vorhandene Fallhöhe von 2,90 Meter abgebaut. Da die neuen Ufer (Gleit- und Prallufer) nicht befestigt wurden, kann sich zukünftig ein naturnaher Verlauf der Wulka entwickeln.

Für das Bauvorhaben wurden ca. 20.000 Quadratmeter Flächen angekauft. Die für die Regulierung nicht benötigten Flächen - Inseln, Halbinseln - werden mit standortgerechten Bäumen und Sträuchern bepflanzt. Am Rande des Projektgebietes wird ein ca. 3,5 Meter breiter Begleitweg errichtet werden.



Bgm. Erich Trummer, BR
Bgm. Peter Heger, Bezirks-
vorsitzender Norbert Darabos,
LAbg. Bgm. Klaudia Friedl,
Bezirksgeschäftsführer Martin
Heissenberger, Landesge-
schäftsführer Helmut Schuster

Foto: SPÖ Burgenland

Norbert Darabos zum neuen Bezirksvorsitzenden des Bezirkes Oberpullendorf gewählt

Bei der am 27. April 2016 im DaBuki Neutral abgehaltenen außerordentlichen SPÖ Bezirkskonferenz wurde Norbert Darabos mit 90 % zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. Seit dem Rücktritt von Peter Rezar führte er die Geschäfte der Bezirksorganisation bereits interimistisch.

Grund für diese kurzfristige Einberufung einer außerordentlichen Bezirkskonferenz war, dass das Amt des Bezirksparteivorsitzenden, seit dem Rücktritt des ehemaligen Bezirksvorsitzenden Peter Rezar am 6. April 2016, nachbesetzt werden musste.

145 Delegierte und 21 Gastdelegierte er-

schienen, um im Bezirk Oberpullendorf die Weichen für die Zukunft zu stellen. Norbert Darabos, der sich als Bezirksvorsitzender der Wahl stellte, wurde mit einer Mehrheit von 90% zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt.

Im Rahmen der Bezirkskonferenz wurde auch über einen Leitantrag abgestimmt, der konkrete Vorhaben für die Zukunft formuliert: Die SPÖ Bezirksorganisation fordert die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Stärkung der Wirtschaft, den Ausbau der Berufs- und Bildungschancen für die Jugend, die permanente Optimierung der Gesundheits- und Sozialstrukturen und eine umfassende Sicherheitspolitik.

„Wir werden auch künftig für die MittelburgenländerInnen und den Bezirk Oberpullendorf unseren ganzen Einsatz bringen“, erklärte Bezirksvorsitzender Darabos unmittelbar nach seiner Wahl den zahlreich erschienenen Delegierten und Gästen der SPÖ Bezirkskonferenz.

Als Stellvertreter wurde BR Bgm. Peter Heger in das Team der bereits gewählten Mandatäre, LAbg. Bgm. Klaudia Friedl, GVV-Präsident Bgm. Erich Trummer, LAbg.a.D. Georg Hahn, kooptiert. Darabos bedankte sich abschließend für das große Vertrauen bei den Delegierten und die sehr gute Arbeit des SPÖ Teams im Bezirk.

Registrierkassenpflicht: Erleichterungen für kleine Vereinsfeste

Für steuerpflichtige Betriebe, auch in den Gemeinden, gelten ab 1.1.2016 neue Regeln für den Umgang mit Bareinnahmen. Diese teilen sich in die Unterbereiche „Registrierkassenpflicht“, „Einzelaufzeichnungspflicht“ und „Belegerteilungspflicht“.

Um das Engagement in gemeinnützigen Vereinen zu unterstützen, hat der Ministerrat am 22.06.2016 Erleichterungen bei der Registrierkassenpflicht beschlossen. Vereinsfeste sind künftig bis zu 72 Stunden pro Jahr von Steuer und Registrierkasse befreit (bisher 48 Stunden). Außerdem gilt bei

kleinen Vereinsfesten die Steuer- und Registrierkassenpflicht auch dann nicht mehr, wenn sich ein Wirt beteiligt.

Erleichterungen bringt auch die Neubeurteilung Stundengrenze. Bisher wurde die Zeitgrenze auf Ebene der Rechtspersönlichkeit beurteilt (z.B. Bund), künftig geschieht das auf Ebene der kleinsten Organisationseinheit (z.B. Ortsgruppe). Abgeschafft wurde die Registrierkassen- und Steuerpflicht bei Gratis-Mitarbeit von vereinsfremden Personen. Zudem gelten Jugendarbeit und Weihnachtsfeiern an-

ders als bisher jedenfalls als gemeinnützig.

Abgeschafft wurde auch die Registrierkassenpflicht für kleine Vereinskantinen: Die Verköstigung von Besuchern ist künftig an 52 Tagen im Jahr registrierkassenfrei. Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Wirten und Vereinen wurde erweitert. Das Angebot von Wirten wird nicht mehr dem Verein zugerechnet. Die Regeln für kleine Vereinsfeste gelten künftig auch für Körperschaften öffentlichen Rechts, wie z.B. Feuerwehren, Parteien, Pfarren.

Städtische Agenda: Unterzeichnung des Pakts von Amsterdam

Am 30. Mai unterzeichneten die zuständigen Minister der EU-Mitgliedstaaten auf einer informellen Sitzung in der niederländischen Hauptstadt den sog. Pakt von Amsterdam, mit dem die Städtische Agenda der EU auf den Weg gebracht wird

Dabei handelt es sich um eine Absichtserklärung der Unterzeichner, die Städtische Agenda zu fördern und einen Prozess anzustoßen. Die EU-Kommission übernimmt dabei, wie von Regionalpolitikkommissarin Cretu noch einmal bestätigt, keine Koordinierungsfunktion, alle Beteiligten sind gleichermaßen gefordert. Die Städtische Agenda soll insgesamt dazu beitragen, lokale Belange im institutionellen Gefüge besser sichtbar zu machen.

Aus Sicht des Gemeindebundes erfreulich ist die Feststellung, dass sich EU-Gesetzgebung direkt auf lokale Gebietskörperschaften auswirkt: EU-Kommission und EU-Gesetzgeber werden aufgefordert, die Auswirkungen europäischer Gesetze bereits

im Verhandlungsstadium zu berücksichtigen und territoriale Folgenabschätzungen in den Gesetzgebungsprozess einfließen zu lassen. Der Dialog mit Vertretern lokaler und regionaler Gebietskörperschaften soll Umsetzungsschwierigkeiten von vornherein vermeiden helfen.

Sprachlich stellt der Pakt von Amsterdam zwar sehr auf „städtische Gebiete“ bzw. urbane Belange ab. Dennoch muss sich auch der Österreichische Gemeindebund angesprochen fühlen, insbesondere die Aussagen zur besseren Rechtsetzung erlauben keine Unterscheidung zwischen großen und kleinen Kommunen. Auch die Einbeziehung von AdR und RGRE verdeutlicht, dass es sich bei wichtigen Aspekten wie der besseren Rechtsetzung um eine lokale Agenda für alle Kommunen handeln kann. Allerdings nur, wenn Organisationen wie der Gemeindebund von den gebotenen Möglichkeiten Gebrauch machen und sich mit Expertise und politischen Statements aktiv in die Diskussion einbringen.

Bessere Rechtsetzung: Kommission diskutiert mit Kommunen

Im Rahmen eines von europäischen Dachverband RGRE organisierten Treffens zwischen Kommunalverbandsvertretern und hochrangigen Mitarbeitern des Generalsekretariats der Europäischen Kommission gab es Ende Mai einen interessanten Dialog über die Gestaltung von Konsultationen und die Berücksichtigung territorialer Belange bei den Folgenabschätzungen der EU-Institutionen.

Die Kommission betonte, dass das Thema „Bessere Rechtsetzung“ erst seit kurzem eine Priorität darstellt und daher auch die Abteilung zur Koordinierung der öffentlichen Konsultationen erst ein Jahr alt ist. Grundsätzlich plant die Kommission, Information über anstehende Konsultationen sowie Konsultationsmöglichkeiten auszuweiten. Die Bereitschaft der kommunalen Verbände, für einen aktiven Dialog im Rahmen gezielter Konsultationen zur Verfügung

zu stehen, wurde positiv aufgenommen.

Von kommunaler Seite wurde allerdings auch angemerkt, dass Dienststellen der Kommission mitunter kommunalblind sind und selbst in Angelegenheiten, die klaren Kommunalbezug haben, nicht aktiv auf repräsentative Verbände zugehen. Ebenso regten die Kommunalverbände an, im Rahmen der besseren Rechtsetzung den Blick in die Mitgliedstaaten zu wagen, bevor vermeintlich neue Regeln vorgeschlagen werden. Die Vertretungen der EU-Kommission könnten beauftragt werden, über allfällige nationale Regeln, Gesetze und best practices zu informieren, ehe die Kommission Gesetzgebungsvorschläge unterbreitet. Interessant wäre es auch, Projekte wie jenes der EU-Gemeinderäte auszubauen und Rückmeldungen oder Anregungen der kommunalen Ebene in interne Prozesse einfließen zu lassen.



Slovenska Bistrica sucht Netzwerkpartner

Das regionale Informationszentrum Slovenska Bistrica in Slowenien plant die Gründung eines Gemeinденetzwerks im Rahmen des EU-Gemeindepартnerschaftsprogramms. Das aus 10 Gemeinden, Gemeindeverbänden oder repräsentativen Organisationen der Zivilgesellschaft bestehende Netzwerk soll sich v.a. mit der Frage auseinandersetzen, wie Bürger ländlicher Gemeinden die EU wahrnehmen. Unter dem Titel „Europäisches Netzwerk für Kohäsion und Solidarität im ländlichen Raum“ sollen während der zweijährigen Laufzeit (geplanter Projektstart ist März 2017) fünf internationale Konferenzen stattfinden, bei denen sich Gäste und Einheimische austauschen und voneinander lernen können. Neben der Auseinandersetzung mit der Wahrnehmung europäischer Themen im ländlichen Raum sollen sich die Veranstaltungen speziell mit Landwirtschaft und Agrarpolitik, Regionalität, Lebensmittelsicherheit, TTIP und Arbeitskräftemobilität befassen. Projektentwurf und Finanzplan sind bereits vorangeschritten, als Leadpartner würde Slovenska Bistrica auch die Antragstellung bei der EU übernehmen.

Interessierte Gemeinden oder Landesverbände sind gebeten Kontakt mit Frau Gosia Wochowska (malgorzata.wochowska@gmail.com) aufzunehmen und Herrn Tomaz Pristovnik (tomaz.pristovnik@ric-sb.si) in Kopie zu setzen. Projektbeschreibung und Formular zur Interessensbekundung können beim Gemeindebundbüro Brüssel angefordert werden.



Verbandsreise 2016 Berlin: Von 26. Mai bis 29. Mai fand die GVV Verbandsreise 2016 nach Berlin statt. Wie schon zur Tradition geworden, organisiert der GVV Burgenland jedes Jahr eine kleine Verbandsreise für Kommunalmandatäre in eine europäische Stadt oder Region. Diesmal war die deutsche Bundeshauptstadt Berlin das Ziel der Reise. 20 interessierte Mandatäre konnten einen ersten Eindruck der deutschen Metropole gewinnen. Als Höhepunkt gab es eine Führung durch das Reichstagsgebäude sowie ein Zusammentreffen mit Klaus Midrup, SPD Mitglied des deutschen Bundestags, der von GVV Präsident Erich Trummer auch ein kleines Geschenk überreicht bekam. Die Reise endete mit einem Besuch der Brandenburgischen Stadt Potsdam.

Foto: GVV



GVV Burgenland gratuliert GVV NÖ Altpräsident Bernd Vögerle zum 70er!

Am 2. Mai 2016 feierte SPÖ GVV NÖ Altpräsident Bernd Vögerle aus Gerasdorf bei Wien seinen 70sten Geburtstag. Grund genug für den GVV Burgenland dem Jubilar zu gratulieren. Bei einer kleinen Geburtstagsfeier, organisiert vom derzeitigen Präsidenten des SPÖ GVV NÖ, LAbg. Bgm. Rupert Dworak, in St. Pölten am 04. Mai dieses Jahres gesellten sich GVV Burgenland Präsident Erich Trummer, GVV Altpräsident Ernst Schmid und GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold mit einem kleinen Geschenk seitens des GVV Burgenland zur Schar der Gratulanten. Vögerle war von 1990 bis 2008 Bürgermeister der NÖ Gemeinde/Stadt Gerasdorf bei Wien und von 2003 bis 2008 Präsident des SPÖ GVV Niederösterreich. Außerdem war er in dieser Zeit Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes und in dieser Funktion maßgeblich an den letzten Finanzausgleichsverhandlungen beteiligt. Im Bild v. l.: Altpräsident Ernst Schmid, LGf Mag. Herbert Marhold, Präsident Erich Trummer, Bernd Vögerle, Rupert Dworak

Foto: GVV NÖ / Hellfried Mayer

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Perlmayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M